

# Wirtschaftsdemokratie statt Privateigentum!

*Positionspapier verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 21.06.2014 in Neuchâtel*

## **Wirtschaftsdemokratie als Antwort auf den Kapitalismus**

Europa steckt in einer tiefen Krise. Seitdem Griechenland den Staatsbankrott mit EU-Geldern abwenden konnte, wird das Land gezwungen, den neoliberalen Rezepten der EU und des IWF zu folgen. Die darauf folgende Austeritätspolitik hat Griechenland nicht gerettet. Im Gegenteil: Griechenland hat dem politischen Druck der EU nachgegeben und die Sparprogramme umgesetzt. Durch den Verkauf von staatlichem Tafelsilber konnten die Bilanzen kurzfristig verbessert werden. Die Kehrseite davon ist der Verlust der politischen Kontrolle über Infrastruktur und Service Public. Zwischen 2009 und 2013 senkte Griechenland seine Staatsausgaben um 26 Prozent, was ein Ende dieser Krise in weite Ferne rücken lässt.

Die Folge dieser Politik ist blanke Armut in Europa, direkt vor unserer Haustüre. Sie treibt die Menschen in Verzweiflung, nicht zuletzt auf politischer Ebene. Die entrüstende Konsequenz: Bei den Europaratswahlen gaben 10 Prozent der Griech\_innen ihre Stimme einer gewalttätigen, faschistischen Partei. Die Verantwortung trägt die Sparpolitik des IWF und der EU. Die „Hilfspakete“, welche ihrem Namen alles andere als gerecht werden, verfolgen schlicht die Eigeninteressen der führenden europäischen Staaten. Ihr propagierter Neoliberalismus hinterlässt ein gesellschaftliches und ökonomisches Trümmerfeld. Auch die europäische Linke schafft es grösstenteils nicht, eine glaubwürdige Antwort auf diese neoliberale Logik und das kapitalistische System zu geben. Für die JUSO ist dies nicht akzeptabel. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und somit auch die Auflagen des IWF und der EU. Der kapitalistischen Übermacht muss die demokratische Kontrolle der Produktion entgegengesetzt werden.

In ihrem Lausanner Parteiprogramm aus dem Jahr 2010 bekräftigt die Sozialdemokratische Partei ihren mehr als 125-jährigen Kampf zur Überwindung des Kapitalismus. Der Weg hin zu diesem Ziel ist die Wirtschaftsdemokratie. „Kern der Demokratisierung der Wirtschaft bildet die Demokratisierung der Eigentumsordnung. Ohne neue Eigentumsordnung kann in der Wirtschaft die Achtung der Menschenwürde und der ökologischen Nachhaltigkeit nicht durchgesetzt werden. Die Sozialdemokratie will das Eigentum nicht abschaffen, sondern in Schranken weisen. Eigentum darf nicht allein ein Recht sein, sondern muss auch zu einer Pflicht werden, sein Gebrauch dem Allgemeinwohl dienen. Die Sozialdemokratie steht für eine sozialpflichtige, je nach ökologischen oder ökonomischen Aufgaben unterschiedlich ausgestaltete Eigentumsordnung mit persönlichen, privaten, öffentlichen, unternehmensrechtlichen und genossenschaftlichen Nutzungs- und Verfügungsrechten.“[1]

Obwohl sich die SP dieses Ziel gesetzt und seither auch mehrere Projekte in diesem Rahmen lanciert hat, fokussierte sie damit vorwiegend die finanzielle Verteilungsgerechtigkeit. Beim Anstreben einer demokratischen Wirtschaft darf es aber nicht das einzige Ziel sein, die

Eigentumsordnung zu verändern, sondern auch Menschen ohne Eigentumsbesitz dieselben Rechte wie der besitzenden Klasse zuzugestehen.

Da unsere Wirtschaft momentan auf der alleinigen Grundlage von Besitz an Kapital und Boden, insbesondere an Rohstoffen und Produktionsmitteln, funktioniert, herrscht eine gefährliche Bestimmungsmacht durch einige Reiche und Vermögende. Um das Eigentum effektiv in seine Schranken zu weisen, muss im Zuge einer Wirtschaftsdemokratisierung erreicht werden, dass nicht mehr nur noch Geld regiert. Arbeit und Arbeitskraft müssen als Ressource dem Kapital gleichgestellt werden und als Berechtigung zur Mitbestimmung gelten.

## **Heute bestehende Ansätze der wirtschaftlichen Mitbestimmung**

### Service Public:

Der Service Public, welcher zu grossen Teilen von kantonalen und nationalen Parlamenten bestimmt organisiert wird, ist als bedeutender Ansatz der Wirtschaftsdemokratie in der Schweiz zu nennen. Es sind die Errungenschaften im Service Public, dass essentielle Wirtschaftsbereiche dem Privateigentum entzogen werden um gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Zu den grössten und bedeutendsten Bereichen gehören die soziale Wohlfahrt, die Bildung, das Gesundheitswesen und der Verkehr. Der Service Public stellt das Funktionieren der elementarsten Bestandteile des öffentlichen Lebens sicher und bietet unserer Gesellschaft eine wichtige Grundlage. Indem er gewisse Leistungen allen zugänglich macht, schafft er Zusammenhalt und Chancengleichheit innerhalb der Gesellschaft, zumindest bis zu einem gewissen Grad.

Verschiedene Leistungen des Service Public sind heute allerdings Angriffen der Neoliberalen ausgesetzt, die das Eigentum wieder privatisieren wollen, um so ihre Profite zu vergrössern. Gegen diese Angriffe wehren wir uns und setzen uns im Gegenteil für einen Ausbau des Service Public ein. Damit nicht genug: Nur weil gewisse Betriebe der öffentlichen Hand gehören, sind sie noch lange nicht demokratisch. Die JUSO steht klar zur Wirtschaftsdemokratie in einem umfassenden Sinn. Erst wenn auch die Werktätigen am Arbeitsplatz mitbestimmen können, ist unser Ziel erreicht.

Besonders hervorzuheben im Rahmen des Service Public sind die Kantonalbanken. Sie entstanden im Verlauf des 19. Jahrhunderts auf Forderung der Bauern, Kleinbetrieben und Wenigverdienenden nach einem erleichterten Zugang zu Krediten. Die Kantonalbanken hatten zum Ziel, die regionale Wirtschaft zu stützen, dem Kleingewerbe günstige Kredite zu ermöglichen und die breite Bevölkerung bei der Aufnahme von Hypotheken zu unterstützen. Bis zur Gründung der Schweizerischen Nationalbank 1907 nahmen viele von ihnen zudem die Rolle der Notenbank wahr.

Die Kantonalbanken gehören der öffentlichen Hand und die Gewinne, die sie erzielen, fliessen dementsprechend zu ihr zurück. Die Banken sind davon geprägt, sich auf regionale Geschäftstätigkeiten und auf die normalverdienende Bevölkerung zu konzentrieren, statt der risikogeladenen Geschäftsstrategie der Grossbanken zu folgen. Entsprechend bewähren sie sich auch während der jüngsten Krise weit souveräner als die Grossbanken. Den Bürgerlichen aber sind die Kantonalbanken ein Dorn im Auge. Mit regelmässigen Angriffen versuchen sie, die Banken zu privatisieren, gegen die hartnäckige Gegenwehr der Linken. Schwieriger abzuwenden ist die Richtung, welche die Kantonalbanken selber einschlagen: Unter Führung der Bürgerlichen richten sie sich immer mehr auf das internationale Geschäft aus und versuchen in ihrem Tun einer Geschäftsstrategie à la Paradeplatz nachzueifern. Dies, obwohl es genügend Anzeichen gibt, dass sie sich damit in eine Sackgasse manövrieren: Die CS wurde kürzlich wegen kriminellen Machenschaften verurteilt, das Bankgeheimnis liegt auf dem Sterbebett, die UBS musste vor wenigen Jahren mit 68 Milliarden Franken von den Steuerzahlenden gerettet werden.

Diesen Weg dürfen die Kantonalbanken nicht einschlagen. Sie müssen sich darauf konzentrieren, nachhaltige und sozial verträgliche Anlagestrategien zu verfolgen und sich wieder auf ihr Kerngeschäft zurück zu besinnen. Die Staatsgarantie sowie die Kontrolle durch die kantonalen Parlamente müssen zudem in vollständiger Form bei allen Kantonalbanken beibehalten bzw. zurückerobert werden.

#### Genossenschaften:

Ein bedeutendes Beispiel von demokratisch organisiertem Mitspracherecht findet sich in der Form der Genossenschaften. In der Schweiz haben Genossenschaften eine lange Tradition, die meist Ende des 19. Jahrhunderts ihren Anfang fanden. Zurzeit bestehen Genossenschaften in verschiedensten Wirtschaftsbereichen: Produktionsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Landwirtschaftliche Genossenschaften und Kredit- und Spargenossenschaften. Dabei gibt es ein paar sehr prominente Beispiele: Vor über hundert Jahren wurde Coop als Genossenschaft gegründet, die ursprünglich als Aktiengesellschaft ins Leben gerufene Migros wurde einige Jahre darauf in eine Genossenschaft umgewandelt. Die Raiffeisenbank ist seit jeher eine Genossenschaft, die vor allem auch kleinen Bürger\_innen Kredite anbieten kann. Eine besonders ausgeprägte Tradition haben Genossenschaften in der Landwirtschaft: An die Alpgenossenschaften anknüpfend wurden zunehmend der gemeinsame Bezug von Gerätschaften und Hilfsstoffen, sowie die Verarbeitung und der Absatz von landwirtschaftlichen Produkten genossenschaftlich organisiert.

Eine grosse Bedeutung bis heute haben zudem die Wohnbaugenossenschaften. Sie stellen häufig die einzige Alternative zu den unbezahlbaren Mieten in den Städten und Agglomerationen, aber auch in den Tourismusgebieten, dar. Während das Geschäft mit dem Boden möglichst hohe Profitraten erreichen will, vermieten die Genossenschaften ihren Wohnraum möglichst günstig. Diese gemeinnützige Gedanke – die Grundidee der Genossenschaft – ist aber längst nicht mehr bei allen Genossenschaften erkennbar. Oftmals

verkam die Genossenschaft zu einer blossen Rechtsform, welche genauso den kapitalistischen Maximen verfallen ist wie andere Unternehmen. Unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz übernehmen die Genossenschaften allmählich Betriebsformen, die sich nach der Profitmaximierung richten, worauf die Löhne der oberen Kader steigen und die Mitbestimmung durch Genossenschafter\_innen marginalisiert wird. Um diesem Phänomen zu begegnen, sollte die Mitbestimmung der Genossenschafter\_innen in den Mittelpunkt gestellt werden. Dies kann nur gelingen, wenn die kapitalistische Konkurrenz mittels einer stärkeren Verbindung zum öffentlichen Sektor angegriffen wird und wir uns für den Ausbau des Genossenschaftswesens stark machen.

### Öffentlicher Raum:

Im Bereich öffentlicher Raum und Kultur lassen sich verschiedene Stränge von gesellschaftlicher-demokratischer Organisation in die Vergangenheit verfolgen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete sich die sogenannte Volkshausbewegung heraus. Im Zuge des Erstarkens der Arbeiter\_innenbewegung erkämpften oder erbauten sich die Arbeiter\_innen vor allem in den Städten der Schweiz eigene Räume und Häuser, welche die Arbeitendenschaft als Versammlungsorte aber auch als gesellschaftliche Treffpunkte nutzte. Zum Teil wurden in diesem Rahmen auch soziale Aufgaben wahrgenommen, indem preiswerte Restaurants, Bäder, Bibliotheken und Lesesäle geführt wurden. Die Bewegung verlor sich aber mit der veränderten Ausrichtung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bis zur Mitte des Jahrhunderts völlig. Die Volkshäuser wurden verkauft oder anders genutzt.

Fortan wurde die Forderung nach mehr autonom organisierten Freiräumen und preiswerter Kultur vor allem von der 68er Bewegung und der Jugendunruhen der 80er Jahre wieder aufs Tapet gebracht. Autonome Zentren und entsprechende Kulturinstitutionen kamen auf, häufig basisdemokratisch organisiert auf Seiten der Werktätigen. Viele dieser Projekte erlahmten zwar kurz darauf bereits wieder, doch die Überbleibsel aus jener Zeit bieten nicht selten bis heute die wenigen Alternativen zur Konsumgesellschaft und zur Elitekultur.

### **Die nächsten Schritte zur Wirtschaftsdemokratie**

Natürlich reichen uns diese Ansätze nicht. Die Linke hat daher auch immer für neue Wege gekämpft. Die Forderungen des Generalstreiks, die Bankeninitiative oder die Mitbestimmungsinitiative seien hier als Beispiele aus dem grossen Engagement des letzten Jahrhunderts genannt. Im Kampf für mehr Wirtschaftsdemokratie müssen wir auf dem Bestehenden aufbauen und zugleich neue Wege beschreiten.

#### 1. Service Public verteidigen und ausbauen

Der Service Public darf nicht der Renditeorientierung unterliegen. Er bietet gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen für die ganze Bevölkerung an – nicht nur solche, die sich finanziell

"lohnend". Die Dienstleistungen des Service Public sind für alle Menschen im Land gleichermassen zugänglich und von guter Qualität. Zur Finanzierung tragen über Steuern alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei. Die Bürgerlichen versuchen immer wieder der öffentlichen Hand Gelder zu entziehen und stattdessen Steuergeschenke zu realisieren. Leistungen des Service Public drohen privatisiert zu werden, um dem Markt neue Profitmöglichkeiten zu erschliessen.

Die JUSO Schweiz fordert deshalb:

- Keine Sparmassnahmen im Service Public, keine Steuergeschenke für die Reichsten!
- Kein Ausbau von Abgaben oder Gebühren, anstelle der solidarischen Finanzierung über Steuern!
- Keine Privatisierung der öffentlichen Leistungen!
- Verstaatlichung unter Kontrolle des Volkes von folgenden Bereichen: Das Bankwesen, die Krankenkassen, das Spitalwesen, die Altersvorsorge, die Energieproduktion, das Verkehrswesen, die Kinderbetreuung, das Kommunikationswesen und der Wohnungsbau.
- Kein Verkauf von öffentlichen Immobilien - Boden wird nur noch im Baurecht abgegeben. Der Staat treibt den sozialen Wohnungsbau aktiv voran und erwirbt Land wann immer möglich.
- Ausrichtung des Service Public nach öffentlichen Interessen und nicht nach profitmaximierenden Unternehmensmodellen.

## 2. Genossenschaften fördern

Genossenschaften sind eine breit akzeptierte Form des Wirtschaftens mit langer Tradition. Dies muss genutzt werden, um die Genossenschaften weiter zu fördern. Gleichzeitig muss aber die Mitbestimmung der Mitarbeitenden und der Genossenschafter\_innen stark ausgebaut werden und die Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft verstärkt werden.

Die JUSO Schweiz fordert deshalb:

- Förderung der Genossenschaften durch den Staat. z.B. indem KMU, die keine Nachfolge finden, vom Staat aufgekauft und in Genossenschaften umgewandelt werden.
- Gesellschaftlich relevante Unternehmen, welche ohne wirtschaftliche Notwendigkeit ausgelagert oder geschlossen werden, sollen vom Staat übernommen werden und zu Genossenschaften umgewandelt werden.
- Mehr Transparenzvorschriften für Genossenschaften statt Pseudodemokratie.
- Förderung der Wohnbaugenossenschaften, indem eine Quote für gemeinnützigen Wohnungsbau eingesetzt wird.

- Mehr Kompetenzen in die Hände der Genossenschaftler\_innen bezüglich Mitbestimmung über die Tätigkeiten der Genossenschaft und Abschöpfung der Gewinne sowie bei strategischen Entscheiden.
- Der Staat fördert demokratisch organisierte, alternative und preiswerte Kulturräume, welche für alle zugänglich sind.

### 3. Mitbestimmung und Beteiligung an den Gewinne

Auch innerhalb der marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaft muss die Mitbestimmung der Arbeitenden verstärkt werden. Der ungeteilten Wirtschaftsmacht der Besitzenden muss ein Ende gesetzt werden.

Die JUSO Schweiz fordert deshalb:

- Mitbestimmungsrecht am Arbeitsplatz!
- Beteiligung der Arbeiter\_innenschaft an den Gewinnen des Unternehmens!
- Die Mitarbeitergesellschaft als Alternative zur Aktiengesellschaft!

### **Die JUSO setzt sich für Wirtschaftsdemokratie ein**

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar: Eigentum ist kein Menschenrecht. Dem kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln müssen wir die Vergesellschaftung und Demokratisierung eben dieser entgegenhalten. Nur so ist garantiert, dass die Menschen über die Produktion entscheiden und nicht die Wirtschaft über die Menschen. Die Demokratisierung der Wirtschaft und aller gesellschaftlichen Bereiche ist unser Weg zur Überwindung des Kapitalismus.

Daher setzt die JUSO ein für:

- Eine langfristige, kohärente linke Strategie zur Erreichung der Wirtschaftsdemokratie von Seiten der Sozialdemokratischen Partei,
- Ein internationales Engagement und Überzeugungsarbeit unserer Schwesterorganisationen *Young European Socialists (YES)* und *International Union of Socialist Youth (IUSY)* zur Fokussierung auf globale Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum Kapitalismus in der gesamten, weltweiten Linken,
- eine breite Mobilisierung aller linken Kräfte für eine demokratische Wirtschaft!

---

[1] Parteiprogramm SPS 2010, S. 19 f.

